

Die Rückkehr der Armen?

Plebejanismus und die politische Ökonomie der Radikaldemokratie

Sara Gebh *

Schlüsselwörter: Plebejanismus, Radikaldemokratie, Oligarchie, Republikanismus, Liberalismus, politische Ökonomie

Zusammenfassung: Ökonomische Fragen spielen in radikalen Demokratietheorien, wenn überhaupt, eine untergeordnete Rolle. Was fehlt, ist eine ernsthafte Reflexion über die materiellen Voraussetzungen und Konsequenzen radikaldemokratischer Grundannahmen und Zielbeschreibungen. Die Tradition des Plebejanismus hält Ressourcen bereit, um die ökonomische Leerstelle der Radikaldemokratie zu adressieren. Während die liberalen und republikanischen Varianten Plebejanismus als Addendum zum liberal-demokratischen Status Quo verstehen, ist es der Anspruch eines radikaldemokratischen Plebejanismus, oligarchische Strukturen nicht nur zu reformieren, sondern abzuschaffen. Eine konkrete Vision plebejischer Demokratie bleiben radikaldemokratische Theorien bisher jedoch schuldig. Nur wenn Plebejanismus nicht als rein symbolischer Akt der Selbstemanzipation verstanden und die materielle Dimension der Kategorie der Vielen anerkannt wird, werden erste Umrisse einer politischen Ökonomie der Radikaldemokratie erkennbar.

Abstract: Economic questions play a subordinate role, if any, in theories of radical democracy. What is missing is a serious reflection on the material preconditions and consequences of radical democracy's basic assumptions and goals. The tradition of plebeianism holds resources to address the economic deficit of radical democracy. While the liberal and republican variants understand plebeianism as an addendum to the liberal-democratic status quo, the objective of radical-democratic plebeianism is to not only reform oligarchic structures, but to abolish them. However, theories of radical democracy have so far failed to develop a concrete vision of plebeian democracy. Only if plebeianism is not understood as a purely symbolic act of self-emancipation and the material dimension of the category of the many is recognized, will the first outlines of a political economy of radical democracy come into view.

* Sara Gebh, Universität Wien

 0000-0002-3263-3692, Kontakt: sara.gebh@univie.ac.at

Funded by the European Union (ERC, PREDEF, 101055015). Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or the European Research Council Executive Agency. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them.

1. Die ökonomische Leerstelle der Radikaldemokratie

Die radikale Demokratietheorie hat eine ökonomische Leerstelle. Zwar kommt kaum eine Krisendiagnose ohne Hinweise auf die neoliberale Hegemonie und die perversen Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise aus, doch sobald sich radikaldemokratische Theorien ihrer Alternativvorstellung zuwenden, spielt das Ökonomische, wenn überhaupt, eine nachgeordnete Rolle. Was bisher fehlt, ist eine ernsthafte Reflexion darüber, welche materiellen Voraussetzungen und Konsequenzen die radikaldemokratische Vision von politischem Zusammenleben hat. Nicht umsonst sehen sich radikale Demokratietheorien mit dem Vorwurf des Politizismus konfrontiert. Insbesondere Vertreter:innen der Kritischen Theorie und Denker:innen, die im weitesten Sinne in der marxistischen Tradition stehen, attestieren radikalen Demokrat:innen ein mangelndes Verständnis und Interesse für die extra-politischen Bedingungen der Demokratisierung der Demokratie, das heißt für gesellschaftliche, soziale und materielle Gegebenheiten, deren Auswirkungen auf politische Praxis und Form unterreflektiert bleiben. Lois McNay (2014) hat diesen Kritikpunkt in Bezug auf die verkörperte, tägliche Erfahrung mit Unterdrückung besonders ausführlich dargelegt und unter dem Stichwort „social weightlessness“ zusammengefasst. Auf der Makroebene bemängelt Nancy Fraser (2019: 77) die fehlende Einbettung radikaldemokratischer Ansätze in die soziale Matrix: „Indem der Politizismus nämlich die politische Ordnung als selbstbestimmt annimmt, misslingt es ihm, die übergreifende gesellschaftliche Matrix zu problematisieren, die ihre Deformation hervorbringt“. Und für Jodi Dean (2007: 241) ist die radikaldemokratische Exklusion „of the economy from political struggle“ sogar ein Zeichen dafür, dass das demokratische Projekt an sich ein Hindernis für linke Politik darstellt und zugunsten eines sozialistischen Gesellschaftsmodells aufgegeben werden muss (vgl. Dean 2007: 239, 243).

Die Zurückhaltung radikaler Demokratietheorien gegenüber ökonomischen Fragen lässt sich einerseits ideenhistorisch erklären, hat sich radikaldemokratisches Denken in seinen Anfängen doch explizit als postmarxistisches Projekt verstanden. Ernesto Laclau und Chantal Mouffe's *Hegemony and Socialist Strategy*, eines der Gründungswerke der radikalen Demokratietheorie (vgl. Marchart 2019: 372), beginnt mit der Feststellung, dass die ontologische Sonderstellung der Kategorie Klasse in Folge der politischen Kämpfe der Neuen Linken überwunden werden muss (Laclau/Mouffe 2001: 2). Das impliziert jedoch keine Frontstellung der radikaldemokratischen Tradition insgesamt gegenüber Marx. Er ist „Ausgangs- wie [...] Abstoßungspunkt“ (Bohlender 2019: 69) für radikale Demokratietheorie. Selbst Laclau und Mouffe (2001: 4) weisen dezidiert Kontinuitätslinien aus und Miguel Abensour (2011) nutzt Marx'sches Gedankengut noch direkter als Ressource für radikaldemokratische Theoriebildung. Dennoch bleibt einer der ideengeschichtlichen Grundimpulse, der die verschiedenen Ansätze radikaler Demokratietheorie vereint, zu fragen „how to think emancipation without tying it to class“ (Thomassen 2010: 173).

Andererseits findet das Ökonomische auch systematisch nur schwer Platz im konzeptionellen Baukasten radikaldemokratischer Theorie. Die Einsicht in die Abwesenheit

letzter Gründe steht der Idee entgegen, dass die Komplexität von Gesellschaften und politischen Praktiken auf bestimmte Klassenstrukturen und -zugehörigkeiten reduzierbar ist. Konflikt entsteht nicht nur als Konsequenz des einen unausweichlichen Klassegegensatzes, sondern jede gesellschaftliche Ordnung ist durchdrungen – oder in Laclau und Mouffe's (2001: 135) Worten „criss-crossed“ – von einer Pluralität von Antagonismen und Konfliktlinien. Inkompatibel mit jeder Form des Ökonomismus und Determinismus geht radikale Demokratietheorie von der Kontingenz politischer Konfigurationen aus, weist also auf die konstitutive Offenheit gegenüber verschiedenen emanzipativen Organisationsformen und Praktiken hin. Sie betont damit nicht nur den Gestaltungsspielraum des Politischen gegenüber der Politik im engeren Sinne, sondern auch gegenüber dem Faktor Ökonomie.

Obwohl also das radikaldemokratische Schweigen bezüglich ökonomischer Fragen nicht überraschen kann, so ist es doch nicht unüberwindbar. Erste Versuche, einen genuin radikaldemokratischen Zugang zu diesem Themenkomplex zu entwickeln, stellen eine Verbindung zur Tradition des Plebejanismus her. Ausgehend von der Aufteilung zwischen Plebejern und Patriziern in der Römischen Republik, bezeichnet das Konzept des Plebejanismus in der gegenwärtigen politiktheoretischen Debatte die Einsicht in die unausweichliche Differenz zwischen den Vielen und den Wenigen, wobei in der Ermächtigung ersterer das emanzipatorische Versprechen des Plebejanismus liegt.¹ Martin Breugh (2013) hat als erster systematisch die plebejischen Elemente im radikaldemokratischen Paradigma offengelegt – allerdings indem der plebejische Kampf um politische Freiheit vor allem als symbolischer Akt verstanden wird. Die Materialität der Vielen, ihr sozio-ökonomischer Status, ist für ihn weniger konstitutives Element als Begleiterscheinung. Arbeiten zum Plebejanismus, die den Fokus stärker auf das anti-oligarchische und damit das genuin ökonomische Moment legen, gibt es ebenfalls, doch sie entspringen der liberalen und republikanischen Demokratietheorie und legen den Fokus auf die Kompatibilität plebejischer Annahmen mit den bestehenden Strukturen moderner Demokratie (vgl. Green 2016; Vergara 2020c). Ziel dieses Beitrags ist es, das Potenzial plebejischen Denkens für die radikaldemokratische Theoriebildung auszuschöpfen, ohne einerseits die Materialität des plebejischen Subjekts auszublenden und andererseits in einer Aversion gegenüber jeglicher Institutionalisierung zu verharren. Dafür gilt es zunächst, die zwei einflussreichsten Varianten gegenwärtigen plebejischen Denkens, den liberalen und den republikanischen Plebejanismus, zu rekonstruieren und auf ihre Spannungen und Potenziale bezüglich des radikaldemokratischen Paradigmas zu befragen. Im Anschluss wird das Verhältnis von Plebejanismus und Radikaldemokratie ausgelotet, um sowohl das

1 Andere mögliche Begriffspaare, die die plebejische Zweiteilung der Gesellschaft ausdrücken, sind unter anderem das sogenannte ‚einfache‘ Volk und die Elite, die Armen und die Reichen, Unterschicht und Oberschicht oder, in Machiavellianischer Tradition, *popolo* und *grandi*. Während viele dieser Alternativen spezifische ideengeschichtliche und politiktheoretische Konnotationen hervorrufen, seien es marxistische oder republikanische, bleibt das Begriffspaar Viele/Wenige davon weitestgehend unberührt. Teil der Entwicklung eines radikaldemokratischen Zugangs zum Plebejanismus ist es, sich über den symbolischen und/oder materiellen Gehalt dieser Kategorien zu verständigen und dafür scheint mir die relativ unbelastete Terminologie der Vielen und Wenigen besonders geeignet.

Alleinstellungsmerkmal eines radikaldemokratischen Zugangs zum Plebejanismus zu identifizieren als auch erste Elemente einer politischen Ökonomie der Radikaldemokratie auszumachen. Abschließend wird angedeutet, inwiefern in einem nächsten Schritt die Tradition des sozialistischen Republikanismus als Ressource für die konkrete, institutionelle Ausgestaltung einer plebejischen Demokratie dienen kann.

Während liberale und republikanische Ansätze im Plebejanismus wenig mehr als eine Schadensbegrenzung für die in modernen Gesellschaften konstitutive Ungleichheit sehen, zeichnet sich der radikaldemokratische Plebejanismus dadurch aus, oligarchische Herrschaftsstrukturen nicht nur reformieren, sondern abschaffen zu wollen. Es geht nicht um plebejische Ausgleichsvorkehrungen, um ergänzende Institutionen oder Regeln, die die Elitenherrschaft für die Vielen erträglicher machen sollen. Das Ziel ist stattdessen eine plebejische Demokratie, die Selbstregierung der Vielen. Eine konkrete Vision dieser Idee bleiben radikaldemokratische Theorien jedoch schuldig. Wird Plebejanismus als rein symbolischer Akt der Selbstemanzipation verstanden, so muss der Weg zur Bearbeitung der ökonomischen Leerstelle verstellt bleiben. Erhält die Kategorie der Vielen jedoch zusätzlich eine materielle Dimension – wie in der historischen Tradition des Plebejanismus als auch in liberalen und republikanischen Zugängen selbstverständlich – werden Umrisse einer politischen Ökonomie der Radikaldemokratie erkennbar. Die Blockade des Transfers von ökonomischer zu politischer Macht ist ihr erstes Prinzip.

2. Liberaler und republikanischer Plebejanismus

Aktuelle Beiträge zur Tradition und zum Konzept des Plebejanismus kommen vor allem aus dem Umfeld der republikanischen Demokratietheorie. Beginnend mit John McCormicks (2011: 170–188) bahnbrechender Interpretation von Machiavelli als demokratischem Denker und seinem Vorschlag einer Neuauflage des römischen Tribunats werden insbesondere die institutionellen Aspekte einer republikanischen Mischverfassung diskutiert (vgl. McCormick 2010; 2019; 2023: 63 ff.; vgl. auch Hamilton 2016; Vergara 2020c; 2022). Im Zentrum steht die Frage, mithilfe welcher plebejischen Prozeduren und Ämter der ökonomische und politische Einfluss der Wenigen oder der *grandi*, in Machiavellis Terminologie, eingehegt und ausgeglichen werden kann. Die Vorschläge reichen von verschiedenen Varianten des Volkstribunats über eine Plebejer-Quote im Parlament und plebejische Ämter mit Veto-Rechten und Kontrollkompetenzen bis zu einem Netzwerk von Lokalversammlungen und regelmäßigen konstituierenden Versammlungen (vgl. Hamilton 2016: 204 f.; Vergara 2020c: 245–250). Nachgeordnet spielen auch die ethischen Voraussetzungen für eine plebejische Republik (vgl. Johnson 2022) sowie die Affinität zur Idee des (linken) Populismus (vgl. Vatter 2012; Chaguaceda/Camero 2021; Vergara 2020b; 2020a) eine Rolle in der Debatte.

Auseinandersetzungen mit dem Plebejanismus aus liberaler Perspektive sind seltener, was schon ideengeschichtlich mit der bewussten, wenn auch unvollständigen Abgrenzung des Liberalismus vom Republikanismus zu erklären ist (vgl. Kalyvas/Katznelson 2008).

Die plebejische Grundannahme, also die unausweichliche Unterscheidung zwischen den Vielen und den Wenigen, ist aus klassisch liberaler Sicht eher nachgeordnetes Symptom einer nicht perfekten Realisierung liberaler Gerechtigkeitsprinzipien als ein konstitutives Merkmal von politischen Gemeinschaften. Dennoch gibt es vereinzelt Ansätze, die darauf abzielen Plebejanismus als Impuls für eine Reformierung liberaler Demokratien nutzbar zu machen, zum Beispiel indem plebejische Institutionen und Prozeduren übermäßiger oligarchischer Einflussnahme entgegenwirken (vgl. Green 2011; 2013; 2016; Arlen 2019; 2023).

Im Folgenden dienen Jeffrey Edward Greens *The Shadow of Unfairness* (2016) und Camila Vergaras *Systemic Corruption* (2020) als paradigmatische Positionen des liberalen respektive des republikanischen Plebejanismus. Beide Texte gehen über einen nur kursorischen Hinweis auf die plebejische Tradition hinaus, sondern identifizieren systematisch Elemente des Plebejanismus und legen konkret dar, wie eine plebejische Liberaldemokratie beziehungsweise eine plebejische Republik aussehen könnten. Trotz signifikanter Differenzen verstehen sowohl Green als auch Vergara die plebejische Grundannahme der Unterscheidung zwischen Wenigen und Vielen als konstitutiv für westliche Demokratien, die nicht überwunden werden kann und, aus republikanischer Sicht, auch nicht überwunden werden soll. Stattdessen suchen sie nach institutionellen und diskursiven Wegen, den politischen Einfluss der Wenigen zu begrenzen. Liberaler und republikanischer Plebejanismus teilen eine explizit anti-oligarchische Stoßrichtung, die die materiellen Bedingungen und Dynamiken eines demokratischen Gemeinwesens aktiv reflektiert. Insbesondere in dieser Bereitschaft zur Integration ökonomischer Fragen sowie in der Offenheit für konkrete institutionelle Vorschläge liegt das Potenzial für die Weiterentwicklung eines dezidiert radikaldemokratischen Zugangs zum Plebejanismus.

2.1 Plebejanismus als Realität moderner Demokratien: Die liberale Perspektive

Plebejanismus ist der Begriff für den Schatten der Ungerechtigkeit (*shadow of unfairness*), in dem moderne Demokratien unausweichlich stehen. Während das Ideal liberaler Demokratie von freien und gleichen bürgerschaftlichen Beziehungen ausgeht, betont Green (2016: 5, 9, 20), dass stattdessen plebejische Verhältnisse, insbesondere die politische Ungleichheit zwischen den Vielen und den Wenigen, die Realität jeder noch so gut geordneten liberalen Demokratie sind. Um diese These plausibel zu machen, führt Green vier Dimensionen des Plebejanismus ein: eine diagnostische, eine reformistische, eine diskursive und eine polit-psychologische.

Die Diagnose, die sich aus plebejischer Perspektive aufdrängt, ist laut Green (ebd.: 29 ff.), dass einfache Bürger:innen (*ordinary citizens*) systematisch die Erfahrung von Benachteiligung machen und sich als Bürger:innen zweiter Klasse verstehen (*second-class citizenship*). Er macht insbesondere drei Strukturen aus, die zu diesem Eindruck einer Unterscheidung zwischen den Wenigen mit politischer Teilhabe und den Vielen mit sehr eingeschränkter politischer Teilhabe beitragen: Die Struktur der Unerreichbarkeit (*remove*) beschreibt den Umstand, dass die Mehrheit der Bürger:innen keine hohen

politischen Ämter innehat und auch nie innehaben wird (vgl. ebd.: 36 ff.). Dies ist einerseits schlicht die Konsequenz moderner kapitalistischer Massendemokratien. Andererseits betont Green (ebd.: 40), dass das Ideal liberaler Demokratie die Illusion gleicher politischer Teilhabe aufrecht erhält und somit den Blick auf die Realität der Unerreichbarkeit politischen Einflusses versperrt: „the experience of not only not being exceptionally powerful, but of not expecting to be“. Zweitens bezeichnet die Struktur der Vielheit (*manyness*) die Tatsache, dass jede Form politischen Engagements einfacher Bürger:innen nur dann effektiv ist, wenn sie im Rahmen eines Kollektivs stattfindet (vgl. ebd.: 40 ff.). Anders als die politische Elite, deren individuelle Urteile und Entscheidungen zu persönlicher Bekanntheit und Anerkennung führen können, ist die politische Teilhabe der Vielen immer durch die Mitgliedschaft in einem Aggregat (wie Elektorat, soziale Bewegung, öffentliche Meinung) vermittelt. „Manyness, then, means that the forms of empowerment available to ordinary citizens, while genuine, are nonetheless non-disclosive of the individual agents’ distinct subjectivities“ (ebd.: 43). Die dritte Struktur, die die Erfahrung der zweitklassigen Bürgerschaft ausmacht, nennt Green (ebd.: 43 ff.) Plutokratie (*plutocracy*). Damit ist die Einsicht in die Verzahnung von ökonomischer mit politischer Macht gemeint, das heißt die Tatsache, dass sozioökonomischer Status die Möglichkeiten politischer Teilhabe signifikant beeinflusst. Der spezifisch plebejische Zugang zu dieser sonst banalen Tatsachenbehauptung liegt darin, dass Green (ebd.: 44 f.) diesen Umstand für prinzipiell unausweichlich hält, auch in fast gerechten demokratischen Gesellschaften.

Der liberale Plebejanismus nach Green versteht sich als reformistisches Vorhaben. Liberale Demokratien können dem Schatten der Ungerechtigkeit zwar nie entkommen, aber sein Effekt lässt sich durch bestimmte Regeln und Institutionen abschwächen. Green (ebd.: 67 ff.) bezeichnet diese zweite Dimension des Plebejanismus als vernünftigen Neid (*reasonable envy*). Anstatt die Unterscheidung zwischen den Vielen und den Wenigen abschaffen zu wollen, versteht er die Anerkennung dieser Tatsache als Voraussetzung für ein weniger ungleiches demokratisches Gemeinwesen. Dafür müssen sich liberale Demokratien von der Illusion universeller freier und gleicher Bürgerschaft befreien, die Gruppe der am meisten Bevorteilten identifizieren und sie spezifischen Einschränkungen unterziehen. Der Neid der Vielen ist vernünftig, weil er sich aus der tatsächlichen Ungleichheit politischer Teilhabe speist. Und er legitimiert gruppenspezifische institutionelle und regulatorische Interventionen, die den Wenigen auch dann zusätzliche Kosten zumutet, wenn sie – im Gegensatz zur klassischen Rawls-Interpretation – keine oder negative Konsequenzen für die Gemeinschaft insgesamt haben (vgl. ebd.: 91 ff.). Das ist, für Green, die zentrale Differenz zwischen einer Oligarchie, die ebenfalls auf der Wenige/Viele-Unterscheidung beharrt, und einer plebejisch reformierten liberalen Demokratie, die sie zwar anerkennt, aber gleichzeitig problematisiert und die Privilegierung der Wenigen sanktioniert: „only in a plebeian regime does this differentiation serve to burden, and not just elevate, the most powerful members of society“ (ebd.: 70).

Auf diskursiver Ebene, die dritte Dimension, ist liberaler Plebejanismus Green (ebd.: 101 ff.; vgl. auch Green 2011) zufolge der Idee prinzipientreuer Vulgarität (*principled vulgarity*) verpflichtet. Im Gegensatz zur üblichen Forderung nach bürgerlicher Zivilität

im öffentlichen Leben betont Green die Notwendigkeit, eine gewisse Unhöflichkeit im politischen Diskurs beizubehalten oder sogar zu forcieren. Dazu gehört neben dem schon erwähnten Beharren auf der Differenz zwischen den Wenigen und den Vielen, Green (2016: 110 ff.) nennt dies Klassismus, auch die Einsicht in die unausweichliche Willkürlichkeit, mit der die Grenzlinie zwischen den Wenigen und den Vielen gezogen wird (vgl. ebd.: 112 ff.). Ein weiteres Beispiel plebejischer Vulgarität, die bürgerliche Normen der Zivilität wie vernünftige Rechtfertigung, intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Verständigungswille verletzt, ist die Wertschätzung des nicht-deliberativen Diskurses (vgl. ebd.: 114). Green meint damit vor allem die Affirmation von minimal disruptiven Praktiken wie Zwischenrufe oder temporäre Störaktionen, die die effektive Unsichtbarkeit einfacher Bürger:innen zumindest zeitweise überwinden: „*interjection* instead of conversation“ (ebd.: 119, Hervorhebung im Original). Schlussendlich zeigt sich die prinzipientreue Vulgarität des Plebejanismus auch affektiv: in der Akzeptanz einer konstitutiven Verbitterung der Vielen, die sich in Empörung, Undankbarkeit und Missgunst gegenüber den am stärksten Begünstigten äußert (vgl. ebd.: 119). All diese, die bürgerliche Zivilität überschreitenden und in diesem Sinne vulgären Verhaltensweisen sind für Green (ebd.: 71) Zeichen eines engagierten, parteilichen Plebejanismus, der jedoch nie die Destabilisierung des liberal-demokratischen Projekts zum Ziel hat, sondern seine Reformierung.

Die vierte und letzte Dimension eines liberalen Plebejanismus verweist auf die politische Psychologie, die einem solchen Politik- und Demokratieverständnis zugrunde liegt. Es ist kontraproduktiv, so Green, von den Vielen unermüdliches politisches Engagement zu erwarten. Stattdessen identifiziert er ein Bedürfnis nach Trost im Angesicht des omnipräsenten Schattens der Ungerechtigkeit, das durch ein spezifisches Verständnis des Rückzugs aus politischen Angelegenheiten gestillt werden kann (vgl. ebd.: 130 ff.). Sein Konzept des Extrapolitizismus (*extrapoliticism*) unterscheidet sich sowohl von Antipolitizismus, welcher politisches Leben an sich ablehnt, als auch vom Apolitizismus, für den weltliche Angelegenheiten keine Bedeutung haben. Stattdessen verteidigt Green (ebd.: 131 f.) Extrapolitizismus als temporäre egalitäre Praxis der Gleichgültigkeit, die politische Werte wie Gleichheit, Solidarität und Selbstbestimmtheit nicht im politischen System verfolgt, sondern in der privaten Sphäre. Hier können sich die Vielen von den Frustrationen und Enttäuschungen der Realität ihrer zweitklassigen Bürgerschaft erholen, bevor sie sich erneut dem plebejischen Projekt widmen.

Aus Greens liberaler Perspektive ist Plebejanismus nicht mehr und nicht weniger als die Realität liberaler Demokratie – zum einen deswegen, weil die Ungleichheit zwischen den Wenigen mit viel politischem Gewicht und den Vielen mit wenig politischem Gewicht schlicht eine Tatsache darstellt, aber zum anderen auch, weil sich aus der Kenntnis des Schattens der Ungerechtigkeit realistische Handlungsoptionen für sogenannte einfache Bürger:innen ergeben. „*[L]iberal democracy is best understood and pursued as plebeian democracy*“ (ebd.: 20, Hervorhebung im Original). Plebejanismus erfüllt also eine doppelte Funktion: eine diagnostische und handlungsleitende. Plebejische Verhältnisse sind keine Anomalie, sondern Ausgangspunkt sowie Leitlinie für eine Reformierung des liberal-demokratischen Projekts.

Spannungen mit dem radikaldemokratischen Zugang zum Plebejanismus ergeben sich vor allem aus dem zweiten Aspekt. Die Kritik an der liberalen Illusion einer freien und gleichen Bürgerschaft – in Praxis und Theorie – teilt radikale Demokratietheorie, wobei die Rolle des Kapitalismus bei Green bemerkenswert unterreflektiert bleibt. Mit dem Anspruch einer vorsichtigen Reformierung der liberalen Demokratie gibt sie sich aber offensichtlich nicht zufrieden. Radikaler Demokratietheorie geht es um eine umfassende Demokratisierung der Demokratie, die sich nicht in punktuell stärkerer Regulierung von Reichtum und dem Vorschlag des Rückzugs ins Private zur emotionalen Bewältigung der strukturellen Ungleichheit erschöpft. Eine radikaldemokratische Perspektive, auch in ihrer moderaten und dem Liberalismus zugewandten Variante, fordert stattdessen den bewussten Eintritt in den politischen Kampf um Hegemonie, basierend auf der Überzeugung, dass jede Ordnung, auch die liberal-demokratische, nur eine von vielen möglichen ist (vgl. Mouffe 2000; 2013). Zwar legt Green den Liberalismus sehr weit aus und versucht, sowohl die Ungleichbehandlung der Superreichen als auch nicht verständigungsorientierte, disruptive Praktiken mit liberalen Prinzipien zu begründen, doch radikaldemokratischer Konflikt dient nicht nur der öffentlichen Veranschaulichung des Schattens der Ungerechtigkeit und der punktuellen Erfüllung des Wunsches nach individueller Selbstwirksamkeit, beispielsweise durch störende Zwischenrufe. Im radikaldemokratischen Projekt reflektiert Konflikt die grundlegende Einsicht, dass es keine letzten Gründe geben kann, dass der Antagonismus konstitutiv für Politik selbst und dass jede Ordnung und jeder Konsens prinzipiell destabilisierbar bleiben müssen (vgl. Mouffe 2000: 98 ff.; 2013: 2, 6 f., 15; Marchart 2010: 59 ff.; 2019b). So weit kann ein Plebejanismus, der dem liberalen Paradigma verpflichtet bleibt, nicht gehen. Und dennoch offenbart die Auseinandersetzung mit Greens Interpretation zwei Aspekte des Plebejanismus, die in der radikaldemokratischen Diskussion bisher zu kurz kommen: das ökonomische, dezidiert anti-oligarchische und das institutionelle Moment. Liberaler Plebejanismus schreckt weder davor zurück, die Zweiteilung der politischen Gemeinschaft in Viele und Wenige vorrangig ökonomisch zu bestimmen, trotz der unvermeidlichen Willkürlichkeit einer jeden Grenzziehung (vgl. Green 2016: 15, 43 ff., 112 ff.), noch die institutionelle Umsetzung plebejischer Prinzipien mitzudenken. Zwar entwirft Green keine Institutionen im Detail, er betont aber nichtsdestotrotz die Notwendigkeit regulativer Maßnahmen. Diese Bereitschaft zur Integration ökonomischer sowie institutioneller Fragen geht der Radikaldemokratie bisher ab.

2.2 Plebejanismus als Korrektiv moderner Demokratien:

Die republikanische Perspektive

Plebejanismus ist aus Vergaras republikanischer Perspektive die institutionelle Lösung für das Problem systemischer Korruption (*systemic corruption*). Jede moderne liberale Demokratie, ungeachtet der Parteien oder Personen in Führungspositionen, leidet unter strukturellen Oligarchisierungstendenzen, die sich in der dramatischen Ungleichverteilung

von sozioökonomischen Ressourcen äußern (vgl. Vergara 2020c: 40 ff.). Vergaras zentraler Punkt ist, dass dieser Verfall liberaler Demokratien nicht die Folge moralisch verwerflichen Handelns von Individuen oder Gruppen ist, sondern eine systemische Ursache hat. „We must entertain the possibility that if a tree consistently produces ‚bad apples‘, it might be a ‚bad tree‘“ (ebd.: 2). Die Korruption ist also keine Anomalie, sondern in die Strukturen der politischen Ordnung, in die Verfassung, eingeschrieben. Sie ist systemisch. Vergaras Diagnose basiert auf der Annahme, dass moderne repräsentative Demokratien monokratische Regime mit Funktionstrennung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative sind. Zwar sind diejenigen in politischen Leitungspositionen demokratisch legitimiert, doch kommt dem ‚einfachen‘ Volk (*common people*) keine institutionelle Rolle als Kollektiv zu. Wahlen und Referenda mögen politische Teilhabe durch die Aggregation individueller Präferenzen simulieren, die politische Elite hat jedoch kein effektives Gegengewicht. Darin liegt der Keim des schlechten Baums, die Ursache für die unvermeidliche Oligarchisierung moderner Demokratien (vgl. ebd.: 4 f.).

Im Plebejanismus sieht Vergara das Potenzial, die systemische Korruption zu bekämpfen. Der republikanischen Tradition folgend schlägt sie eine Mischverfassung vor, die die bisherigen Verfassungsgewalten durch eine plebejische Gewalt (*plebeian branch*) ergänzt. Diese erfüllt eine Korrektivfunktion, die den oligarchischen Deformationen der repräsentativen Demokratie explizit anti-oligarchische Institutionen entgegensetzt. Doch nicht jede Mischverfassung, nicht jede Republik ist eine plebejische. Im Gegensatz zur elitär-prozeduralen republikanischen Tradition, zu der sie unter anderem Polybios, Montesquieu und heute Philip Pettit zählt (vgl. ebd.: 43 ff.), steht die plebejisch-materialistische Deutung der Mischverfassung ganz im Zeichen von Machiavellis realistischem Politikverständnis (vgl. ebd.: 108 ff.). Verfassungen, so Vergara (ebd.: 106), können nur dann angemessen analysiert werden, wenn sie als Geflecht von Normen verstanden werden, die in politische, ökonomische und soziale Strukturen eingebettet sind (*material constitutionalism*). Eine plebejische Mischverfassung zeichnet sich also nicht nur dadurch aus, dass nicht die Wenigen, sondern die Vielen die „final decision-making power“ (ebd.: 6) haben, sondern auch dadurch, dass der Einfluss informeller ökonomischer Macht auf politische Prozeduren und Strukturen reflektiert und durch spezifisch anti-oligarchische Vorkehrungen korrigiert wird.

Vergara scheut sich nicht, einen konkreten Vorschlag für die Ausgestaltung der plebejischen (Gegen-)Gewalt zu machen. Sie besteht aus zwei Institutionen: einem Netzwerk von lokalen Versammlungen und einem Antikorruptions-Tribunat (vgl. ebd.: 5, 243). Das Netzwerk lokaler Versammlungen fungiert als eine institutionelle Repräsentation der Volkssouveränität. Die lokalen Versammlungen sind offen für alle, die mindestens ein Jahr in dem jeweiligen Distrikt ansässig sind und weder hohe politische Ämter bekleiden noch als Lobbyisten für wohlhabende Individuen oder Unternehmen tätig sind (vgl. ebd.: 252). Neben der Befugnis Gesetze zu initiieren, zu widerrufen oder ein Veto einzulegen, kann das Netzwerk außerdem eine Revision der Verfassung einleiten. Zusätzlich zur Hauptfunktion, die Republik vor einer Oligarchisierung zu beschützen, besitzt das Netzwerk konstituierende Macht (vgl. ebd.: 245 f.). Es ist damit die Verkörperung des

Souveräns und seine Entscheidungen sind bindend für alle anderen Verfassungsgewalten: „a decision reached in the majority of assemblies is the legitimate will of the people, and all branches of government must yield to it and properly enforce it“ (ebd.: 251).

Um sicherzustellen, dass der Volkswille auch implementiert werde, braucht es, so Vergara (ebd.: 249 f.), eine weitere plebejische Institution: das *Tribunat*.² Es überwacht die zeitnahe Umsetzung der im Netzwerk getroffenen Entscheidungen und hat die Befugnis, auch mithilfe der Anweisung der staatlichen Ordnungskräfte, die anderen Verfassungsorgane zur Ausführung zu zwingen. Zusätzlich zu dieser Überwachungs- und Durchsetzungsfunktion hat das *Tribunat* außerdem die Aufgabe, Verdachtsfälle politischer Korruption zu untersuchen, Anklage zu erheben sowie eine Strafe vorzuschlagen. Falls das Ergebnis der offiziellen Prüfung durch die zuständigen Verfassungsorgane von der Empfehlung des *Tribunats* abweicht, so wird der Fall in einem öffentlichen Verfahren unter Beteiligung aller Mitglieder des *Tribunats* entschieden (vgl. ebd.: 249, 257).

Der Unterschied zu Greens liberalem Plebejanismus ist offensichtlich. Während dieser zwar eine überproportionale Belastung wohlhabender Bürger:innen fordert, entwickelt er keine Strategie zur Stärkung der politischen Teilhabe der Vielen. Im Gegenteil, er empfiehlt einen Rückzug aus dem politischen Kampf und steht damit in grundlegender Opposition zu Vergaras (ebd.: 221 ff.) Bemühungen der Institutionalisierung plebejischer Macht. Was auf den ersten Blick hingegen ähnlich scheint, ist das ökonomische Kriterium für die Unterscheidung zwischen den Wenigen und den Vielen. Vergara beginnt mit der Beschreibung der Ungleichheit in modernen liberalen Demokratien und nimmt diese Diagnose zum Anlass, über die Möglichkeiten plebejischer Reform nachzudenken, genau wie Green. Sie argumentiert, dass politische Macht heute *de facto* oligarchisch ist: „Materially, the people who get to decide on policy, law, and the degree of protection of individual rights [...] are part of the richest 2 percent“ (ebd.: 4). Sie sieht das zentrale Merkmal systemischer Korruption in den Strukturen, die „enrich the few and oppress the many“ (ebd.: 5). Und auch in ihrem konkreten Vorschlag für plebejische Institutionen, insbesondere wer Mitglied einer lokalen Versammlung werden kann, spielen deren monetäre Ressourcen eine zentrale Rolle (vgl. ebd.: 252). Doch während Green von dieser ökonomischen Definition der Wenige/Viele-Unterscheidung nie abweicht, relativiert Vergara diesen Fokus in einer erstaunlich spät platzierten Passage ihres Buches. In dem ausdrücklichen Versuch progressive Eliten nicht zu verprellen, betont sie, dass die Gruppenzugehörigkeit nicht nur und nicht einmal vor allem von ökonomischen Faktoren bestimmt ist. Stattdessen spricht sie von einer strikt politischen Unterscheidung zwischen den Wenigen und den Vielen, die sich eben nicht über Klassen definieren lassen,

2 An diesem Punkt wird die Nähe zu John McCormicks (2011: 170 ff.) Vorschlag einer Neuauflage des Volkstribunats besonders deutlich, dessen Vorreiterrolle Vergara (Vergara 2020c: 226) anerkennt. Seine Bereitschaft, die Unterscheidung zwischen den Wenigen und den Vielen vorrangig ökonomisch zu treffen und beispielsweise das Vermögen heranzuziehen, um ein angemessenes Strafmaß zu ermitteln, teilt sie jedoch nicht (vgl. ebd.: 235). McCormicks klassensensitives Demokratieverständnis stellt Dirk Jörke (2023) deswegen völlig zurecht als Alleinstellungsmerkmal heraus – gegenüber liberaler Demokratietheorie ohnehin, aber auch im Hinblick auf republikanische und radikaldemokratische Ansätze.

sondern über ihre Fähigkeit, Herrschaft auszuüben. Vergara (ebd.: 244, Hervorhebung im Original) deutet die plebejische Unterscheidung zwischen arm und reich in die Differenz zwischen mächtig und nicht-mächtig um: „I argue that a division based on the *governing position* of the few instead of how much money they have is less arbitrary and reifying of class“. Während ihre Diagnose, dass liberale Demokratien systemisch korrupt sind, sich vor allem auf ökonomische Fakten stützt, schreckt sie stärker als Green vor einer Benachteiligung der Wenigen qua Reichtum zurück.³ Allerdings sind ihre Reformvorschläge deutlich weitreichender als die von Green – man denke an die in der Verfassung verankerte konstituierende Macht der plebejischen Gewalt – und um diese in das liberal-demokratische Gefüge einordnen zu können, was ihr erklärtes Ziel ist, scheint eine solche Deradikalisierung ein notwendiger Kompromiss.

Hierin liegt, wie schon bei Green, die größte Spannung zu radikaldemokratischen Ansätzen. Das disruptive Potenzial des republikanischen Plebejanismus ist zwar größer als das des liberalen, doch schließt auch Vergara eine grundlegende Infragestellung des bestehenden Systems aus. Die von ihr vorgeschlagenen Institutionen des Plebejanismus „are nonetheless designed to conform to the basic principles of the liberal structure existent in our current democratic constitutions“ (ebd.: 242). Dieser Einschränkung würde sich ein radikaldemokratischer Zugang zum Plebejanismus entziehen.

Eine weitere Diskrepanz ergibt sich bei der Frage von Institutionen. Obwohl sich radikale Demokratietheorie nach und nach für die Einbindung institutioneller Perspektiven öffnet (vgl. Herrmann/Flatscher 2020; Muldoon 2021), ist ihr Zugang doch nicht mit Vergaras Herangehensweise kompatibel. Mit dem konkreten Design zweier plebejischer Institutionen inklusive eines ausformulierten Entwurfs des entsprechenden Verfassungstextes liefert sie ein Modell oder „blueprint“ (ebd.: 267) dafür, wie eine plebejische Republik aussehen sollte (vgl. ebd.: 350 ff.). Auch wenn man der Ansicht ist, radikale Demokratietheorie sollte über befragende Kritik am Status Quo hinaus auch Angebote für mögliche Institutionalisierungen machen, so konterkariert die Formulierung einer institutionellen Blaupause doch die ihr zugrundeliegende Kontingenzaffirmation. Aus radikaldemokratischer Sicht geht es immer um das Aufzeigen von Alternativen im Plural, um die Möglichkeitseröffnende Praxis des Imaginierens verschiedener alternativer Zukünfte. Ein radikaldemokratischer Zugang zum Plebejanismus kann also durchaus institutionelle Vorschläge formulieren, allerdings nur, solange diese, anders als bei Vergara, gerade keinen Modellcharakter beanspruchen (vgl. Gebh 2022a: 588 f.).

3 Hier tritt eine Inkonsistenz in Vergaras Argumentation zutage. Nicht umsonst platziert sie den Abschnitt zur politischen Unterscheidung zwischen Vielen und den Wenigen erst nachdem ihre harsche (und berechtigte) Kritik an ökonomischer Ungleichheit den Großteil der argumentativen Last zur Begründung einerseits ihres Kernkonzepts der systemischen Korruption sowie andererseits der Notwendigkeit plebejischer Reformen geleistet hat. Ihr Eingeständnis, dass sie damit dem Unmut progressiver Eliten zuvorkommen will (vgl. Vergara 2020c: 244), überzeugt nicht. Wer reich ist und dennoch aus politischer Überzeugung das plebejische Projekt unterstützt, kann dies auch tun, ohne an plebejischen Versammlungen teilzunehmen. Und wenn, wie Vergara in ihrer Erklärung systemischer Korruption immer wieder betont, das reine Faktum ökonomischer Privilegien die Wahrscheinlichkeit der Korrumpierbarkeit erhöht, dann scheint die vielleicht gut gemeinte Einbindung potentieller reicher Verbündeter auch strategisch mindestens fragwürdig.

3. Radikaldemokratie und Plebejanismus

Während die liberale Variante Plebejanismus als Realität und Bewältigungsstrategie in modernen Demokratien versteht, betont der Republikanismus seine Korrektivfunktion gegen die Gefahr der Oligarchisierung. Während erstere den zumindest temporären Rückzug aus der politischen Praxis empfiehlt, entwickelt letzterer konkrete Vorschläge für eine wirkungsvollere Teilhabe im politischen Entscheidungsfindungsprozess. Was der liberale und republikanische Ansatz trotz aller Unterschiede teilen, ist das grundlegende Verständnis, dass der Plebejanismus wenig mehr ist als ein Zusatz, um das man das defizitäre Modell moderner repräsentativer Demokratien erweitern kann. Beide hier besprochenen Autor:innen betonen explizit den Reformcharakter ihrer Einlassungen, stellen das Primat der Stabilität des bestehenden politischen Systems nicht infrage und grenzen sich klar von einer historisch ebenfalls rekonstruierbaren radikaleren Lesart des Plebejanismus ab. Die liberale Demokratie muss nachrüsten, aber eine Reklamation ist nicht vorgesehen.

Eine radikaldemokratische Perspektive auf den Plebejanismus müsste genau hier ansetzen. Nimmt man die Kontingenzaffirmation als Mindestkriterium dafür ernst, eine Demokratietheorie radikal zu nennen, so darf auch ein radikaldemokratischer Plebejanismus diese nicht unterlaufen, indem er plebejische Innovationen nur als Addendum zum liberal-demokratischen Status Quo denkt. Stattdessen müsste er ein Konzept einer plebejischen Demokratie entwickeln, die weder die postfundamentalistische Grundannahme der Radikaldemokratie untergräbt, noch die ökonomische und institutionelle Dimension des Plebejanismus vernachlässigt. Aus den Arbeiten von Martin Breugh und Andreas Kalyvas lassen sich erste Elemente eines solchen radikaldemokratischen Plebejanismus herausarbeiten.

3.1 Die plebejische Unterbrechung

In seinem 2007 auf französisch erschienenen und 2013 auf englisch übersetzten Buch *The Plebeian Experience* unternimmt Martin Breugh als erster den Versuch Radikaldemokratie und Plebejanismus zusammenzudenken. Grundlegend für seine Überlegungen ist, was er die duale Geschichte der Politik der Vielen nennt: Die Wahl des Begriffs, mit dem das Volk beschrieben wird, bestimmt die Art der politischen Praxis, die mit ihm in Verbindung gebracht wird. Es gibt eine institutionelle Tradition, die Termini wie *demos* im antiken Athen, *populus* zur Zeit der Römischen Republik und *people* während der modernen Revolutionen verwendet. Aus dieser Perspektive gelten Reformen zur Inklusion der bisher von politischer Teilhabe ausgeschlossenen Gruppen als spezifisch demokratische Vorhaben. Die Tradition, aus der der Plebejanismus hervorgeht, ist hingegen eine aufständische, so Breugh. Den pazifisierten Begriffen *demos*, *people* und *populus* werden die negativ konnotierten Ausdrücke *hoi polloi*, *multitude* und eben *plebs* entgegengesetzt. Demokratische Politik stellt sich aus dieser Sicht als aufrührerisch, disruptiv und revolutionär dar (vgl. Breugh 2013: xviii f.). Diese Hintergrundannahme bildet den Rahmen für Breughs Verständnis plebejischer Politik.

Das Alleinstellungsmerkmal eines radikaldemokratischen Plebejanismus ist, dass er auf aktive politische Teilhabe abzielt – und zwar im Sinne des Prinzips der *isonomia*: „equality of citizens before the law *and* their equal participation in the formulation of the law“ (ebd.: 243, Hervorhebung im Original). Offensichtlich geht dies über Greens Idee des Plebejanismus hinaus, der sich auf die finanzielle Mehrbelastung der Wenigen und die Entlastung vom politischen Leben der Vielen reduziert. Und obwohl Vergara konkrete Institutionen zur stärkeren Einbindung der Vielen skizziert, so dienen sie vor allem der Überwachung und Kontrolle der traditionellen Regierungsgewalten, nicht dem Ziel der Selbstregierung im demokratischen Sinne. Das wird unter anderem daran deutlich, dass Vergara (2020c: 3 f., 241) durchgehend von der politischen Ermächtigung derer, die nicht regieren (*those who do not rule*), spricht.

„The plebeian branch I propose to add to current constitutional order would be autonomous and aimed not at achieving self-government or direct democracy, but rather at serving anti-oligarchic ends: to judge and censor elites who rule.“ (ebd.: 5)

Die Elitenherrschaft soll also in Vergaras Ansatz gar nicht durch ein demokratisches System abgelöst werden, ganz im Sinne der historischen Mission des Republikanismus,⁴ sondern wird nur durch ein populäres Gegengewicht ergänzt. Diese kategorische Unterscheidung zwischen republikanischen und demokratischen Ambitionen – „forms of control over oligarchic power (republican)“ versus „new sites of popular self-rule (democratic)“ (ebd.: 109) – ist zentral für die Abgrenzung eines radikaldemokratischen von einem republikanischen Plebejanismus. Für ersteren sind plebejische Politik und Institutionen kein reformistischer Zusatz zum liberalen Demokratiemodell, sondern ihr Kern. Radikaldemokratischer Plebejanismus hat die Selbstregierung der Vielen zum Ziel, also die Beendigung und nicht nur die Reform oligarchischer Herrschaft. Darin liegt sein revolutionäres Moment.

Zusätzlich zu diesem Merkmal, das Breugh (2013: xxii) der Tradition der *agoraphilia* zuschreibt, das heißt der politischen Praxis „that enables the many to participate in political life“, nennt er zwei weitere Merkmale der plebejischen Logik. Zum einen die kommunalistische Dimension: Plebejische Politik ist auto-emanzipatorisch. Ausgehend von der von Breugh als Ursprungsszene beschriebenen Ersten Sezession der Plebejer (494 v. u. Z.) zeichnet sich Plebejanismus durch eine selbstermächtigende Praxis von unten aus. Die Plebejer „sought to assert their own desire for freedom without being compelled to act by a tutelary power intent on bending them to its aims of political domination“ (ebd.: xxi). In diesem Sinne vollzieht sich plebejische Politik meist ohne politische Führung und außerhalb bestehender politischer Strukturen (vgl. Breugh 2019: 583). Zum anderen zeichnet sich die plebejische Logik durch ihre disruptive Dimension aus: Plebejanismus unterbricht die bestehende Ordnung, aber lässt sich nicht verstetigen.

4 Zur ideengeschichtlichen Rekonstruktion des anti-demokratischen Sentiments des frühmodernen Republikanismus sowie der systematischen „Republikanisierung der Demokratie“, die das hegemoniale Verständnis von Volksherrschaft bis heute bestimmt, vgl. Gebh (2022b: 88 ff.).

Breaugh (2013: xxiii) nennt das die Temporalität der Lücke. Er betont zwar, dass jede plebejische Störung Spuren hinterlässt und damit einen Teil der kollektiven plebejischen Erinnerung konstituiert, charakterisiert plebejische Politik aber dennoch als „temporary suspension of the order of domination“ (Breaugh 2019: 583).

Dass dieses Konzept von Plebejanismus kaum Raum für mögliche Institutionalisierungsperspektiven lässt, ist offensichtlich. Ganz im Sinne Jacques Rancières, von dessen Politikverständnis Breaugh (2013: 91 ff.; 2019: 583) stark inspiriert ist, beschreibt er die plebejische Erfahrung als Moment, in dem sich ein unterdrücktes Subjekt in ein politisches verwandelt. Es ist also der transformative Augenblick, der plebejische Politik ausmacht. Es geht um die Selbstermächtigung derer, die bisher vom politischen Leben ausgeschlossen waren, und die sich im Akt der Transgression der oligarchischen Ordnung selbst politische Teilhabe performativ zusprechen. „[T]he plebs designates the movement by which ‚anybody and everybody‘ decide, in a concerted fashion, to go from political exclusion to political inclusion“ (Breaugh 2019: 584). Allerdings lässt sich diese plebejische Bewegung über den Moment der Disruption hinaus nicht verstetigen. Zwar können institutionelle Innovationen Teil der plebejischen Forderungen sein, man denke an das viel diskutierte Tribunat in der Römischen Republik, aber eine neue plebejische Gesamtordnung oder eine plebejische Herrschaftsform ist aus dieser Perspektive undenkbar und auch gar nicht wünschenswert. Breaughs plebejische Erfahrung, genau wie Rancières Politik, ist als reine Unterbrechung konzipiert – als Konflikt, dessen Pazifizierung, und sei es durch den Sieg der plebejischen Seite, seiner Abschaffung gleichkommt. Institutionen sind als genuiner Ausdruck plebejischer Politik nicht vorgesehen.

Neben dieser präsentistischen Temporalität, die Breaugh mit vielen anderen radikal-demokratischen Ansätzen teilt (vgl. Gebh 2020), zeichnet sich sein Verständnis des Plebejanismus durch die symbolische Definition der Vielen aus. Breaugh (2013: xv, xviii; 2019: 583 f., 588) betont, dass *plebs* keine soziale Kategorie oder Identität ist, sondern der Name für das Ereignis der Transformation von einem subpolitischen zu einem politischen Subjekt. Die Zugehörigkeit zu den Vielen ist unabhängig von materiellen Kriterien und basiert einzig und allein auf der auto-emanzipatorischen, politischen Subjektivierung als Plebejer. Dementsprechend interpretiert Breaugh auch die historischen Beispiele plebejischer Erfahrungen. Er gesteht zwar zu, dass ökonomische Unzufriedenheit meist die Ursache für ein plebejisches Aufbegehren ist, verweist aber dennoch darauf, dass sich plebejische Politik gerade dadurch auszeichnet, die soziale Frage in eine politische umzuwandeln. Mit Blick auf die erste *secessio plebis* hält er fest:

„Clearly, as a social category, the plebs predated the first secession. But through their ‚insurrectional commune‘ a veritable plebeian *experience* occurred. By rejecting patrician political domination, the plebs asserted themselves as political subjects. [...] In that founding moment of the plebs’ political experience, what can be regarded as a plebeian ‚emergence‘ took place whereby the plebs transcended the biological order of *animal laborans* and transformed themselves into *zoon politikon*, publically demonstrating their political capacities.“ (Breaugh 2013: 10 f., Hervorhebungen im Original)

Neben der Abwertung des arbeitenden Subjekts als politisch und demokratisch unwesentlich, weil noch nicht über seine Natürlichkeit hinausgewachsen⁵ – auch hier ist Rancières Erbe unübersehbar (vgl. ebd.: 98) –, zeigt sich, dass die Transformation einer sozialen in eine politische Frage ein, wenn nicht gar das zentrale Merkmal plebejischer Erfahrung ist. Auch in seiner Begründung für den Rückgriff auf die plebejische Tradition definiert er die Kategorie der Plebejer rein symbolisch: als „those without names or a line of descent“ (Breugh 2019: 582 f.), als „individuals who had neither names nor the right to speak in public“ oder als „subhuman because they could not take part in the life of the city“ (Breugh 2013: xix). Dass die Plebejer immer auch diejenigen mit wenigen oder keinen ökonomischen Ressourcen waren, ist für Breughs Verständnis des Plebejanismus nachrangig.

3.2 Die plebejische Herrschaft der Armen

Genau diesen Punkt macht Andreas Kalyvas in dem zweiten Versuch, Radikaldemokratie und Plebejanismus explizit zusammenzudenken, stark. Im Gegensatz zu Breughs rein symbolischer Interpretation rekonstruiert er die historische und systematische Verbindung zwischen den Vielen und den Armen. Er schlägt einen dialektischen Ansatz vor, der sowohl den symbolischen als auch den sozialen Gehalt der Kategorie der Plebejer anerkennt. Das Konzept der Armen oder des *plebs*, für Kalyvas (2019: 542) synonyme Begriffe, „although it does not specify a concrete social group, thus remaining irreducible to socioeconomic categories, it cannot, at the same time, be fully cleared of all social content“. Die terminologische Gleichsetzung der Plebejer mit den Armen scheint seinem Ziel der Aufrechterhaltung der Ambiguität zu widersprechen, muss aber vielmehr als polemische Intervention in den demokratietheoretischen Diskurs gesehen werden. Kalyvas' zentrales Anliegen ist die Rückkehr der Armen in die demokratische Imagination. Schon für Platon und Aristoteles war Demokratie nicht die Herrschaft des Volkes, sondern die der Armen (vgl. Platon 2014: 689; Aristoteles 2012: 99). „In fact, democracy as the politics of the mobilized and assembled poor was a recurrent theme, a stubborn scandal and cause of anxiety in the long history of political thought“ (Kalyvas 2019: 540). Erst mit der Entkopplung von Demokratie und Armut verliert die Idee der Volksherrschaft ihren Schrecken.⁶ Diese Entwicklung beginnt mit der Republikanisierung der Demokratie in der Frühmoderne, die eine pazifizierte Version des populären Regimes entwirft (vgl. Gebh 2022b: 88 ff.), und sie kulminiert im 19. Jahrhundert in der liberalen Depolitisierung der Demokratie. Während die Armen vorher als Kollektivsubjekt für die vermeintliche Instabilität und Konflikthaftigkeit der demokratischen Form verantwortlich gemacht wurden, wird Armut später im Zuge der quasi universellen Begeisterung für Demokratie als rein soziale Frage eingestuft (vgl. Kalyvas 2019: 540 f.).

5 Das in den letzten Jahren verstärkte theoretische Interesse am Verhältnis von Arbeit und Demokratie, das seinen prominentesten Ausdruck in Axel Honneths (2023) jüngstem Buch *Der arbeitende Souverän* findet, verspricht ein weiterer Baustein zur Bearbeitung der ökonomischen Leerstelle in der radikalen Demokratietheorie zu werden.

6 Zur zentralen Rolle von Armut, *penia*, in der attischen Demokratie vgl. Taylor (2017).

„Hence, the modern pacification of democracy, its liberal appropriation, its neutralization and de-politicization, and its positive universal valorization, are all intimately entwined with the disappearance from the poor from the democratic imaginary of political modernity.“ (ebd.: 541)

In diesem Sinne können sich auch radikaldemokratische Ansätze trotz ihrer lautstarken Kritik am Liberalismus nicht aus seinem Griff lösen, solange sie den sozioökonomischen Status der Vielen weiterhin ausblenden. Kalyvas (ebd.: 541, 550) äußert deswegen die Hoffnung, dass eine Wiedereinführung der ökonomischen Dimension in das demokratische Projekt zur Re-Radikalisierung desselben beitragen kann. Das dialektische Konzept der Armen – oder die vielleicht weniger polemische Wortwahl: der Vielen – ist für ein solches Vorhaben zentral. Kalyvas (ebd.: 542 f.) macht vier Merkmale des *plebs* aus, die sowohl symbolische als auch materielle Aspekte vereinen: Erstens, die Armen sind in Bezug auf ihre gesellschaftliche Position minderwertig und nachrangig (*subordination*). Sie sind nicht nur die symbolisch Ausgeschlossenen (wie bei Breugh), sondern in einem hierarchischen Sinne auf der unteren Stufe der sozialen Ordnung. Damit zusammenhängend und zweitens ist das Konzept der Armen immer in Relation zu seinem Anderen zu verstehen (*relationality*). Der niedere Status des *plebs* lässt sich nur im Verhältnis zu einem höheren begreifen. Damit haben die Armen keine von ihrem Antagon unabhängige Substanz oder Identität (anders als in manchen Versionen des Marxismus).⁷ Drittens, sie zeichnen sich durch ihre Anzahl aus (*size*). Die Armen sind immer auch die Vielen, die größte Klasse, die Masse, die Multitude. Und viertens, ihre gelebte Erfahrung ist durch einen konstitutiven symbolischen sowie materiellen Mangel gekennzeichnet (*dispossession*), einen Mangel an Ressourcen, Rechten, Status oder Anerkennung. Mit dieser Charakterisierung spricht sich Kalyvas also keineswegs für eine unterkomplexe, rein ökonomische Interpretation des Plebejanismus aus, sondern akzeptiert Breugh's Betonung der Zentralität der symbolischen Dimension – allerdings nicht, ohne sie durch die sowohl historisch als auch systematisch ebenso wichtigen sozioökonomischen Aspekte zu ergänzen.

Die Re-Ökonomisierung des Plebejanismus ermöglicht es Kalyvas, dessen Bedeutung für das radikaldemokratische Projekt genauer zu bestimmen. Im Gegensatz zu liberalen und republikanischen Varianten geht es ihm nicht um plebejische Gegen-Institutionen in einem von Eliten dominierten politischen System, sondern um plebejische Demokratie selbst. Und anders als Breugh, für den sich Plebejanismus nur im Moment des konfliktiven Selbsteinschlusses zeigt und Demokratie als Form undenkbar ist, äußert sich das plebejische Streben nach politischer Freiheit auch in institutionellen Vorkehrungen. Das zentrale Prinzip einer plebejischen Demokratie ist das Verhindern der Übertragung von ökonomischer in politische Macht.

„Through its concrete organization of public authorities, its institutional and juridical system, democracy blocks economic power from turning into political power. It disrupts this passage by

7 In historischen Studien zur Definition und Erfahrung von Armut im antiken Athen wird insbesondere der relationale Charakter von Armut betont, vgl. Ober (1989:195 f.); Taylor (2017: 19 ff.).

establishing the primacy of the political over the economic, whereby the wealthy become politically impotent while the poor come to be politically powerful.“ (ebd.: 546)

Diese dezidiert anti-oligarchische Stoßrichtung gibt sich weder mit einem Machiavelianischen Klassenkompromiss zufrieden, der die plebejischen Ambitionen dem Primat der Stabilität unterordnet, noch mit einer temporären Irritation oligarchischer Machtstrukturen. Es geht vielmehr um die Errichtung politischer Formen der kollektiven Selbstorganisation, in der die Vielen politische Macht über die Wenigen ausüben. Die konkreten institutionellen Ausdrücke dieses Prinzips sind vielfältig und können von Generalversammlungen über Rätssystem bis Volksgerichtshof und Tyrannizid reichen (vgl. ebd.: 539). Doch sie alle zielen darauf ab, negative Auswirkungen ökonomischer Benachteiligung auf politische Teilhabe zu verhindern.

„The specificity of democratic politics, therefore, is not the overcoming per se of the wealth-poverty antithesis but the different way in which it is established, institutionalized, and carried out. Democracy stages this division to increase the powers of the poor and maximize their liberty. In fact, the fundamental task of democratic politics is to make it possible for the poor to be active citizens by reconfiguring the structure of ruling in order to give power and dignity to poverty so that material inequality has no political or moral relevance and one’s wealth, income, profession, or education have no impact on one’s effective political participation.“ (ebd.: 547)

Hierin drückt sich das nicht nur defensive Freiheitsverständnis aus, das Kalyvas’ Ansatz von liberalen und republikanischen Varianten des Plebejanismus unterscheidet. Ihm geht es zwar auch darum, die Vielen vor den Übergriffen der Wenigen zu schützen, aber eben nicht nur. Zusätzlich zu dieser abwehrenden Dimension, die sich schon im republikanischen Plebejanismus findet, betont Kalyvas die produktive Interpretation von Freiheit als instituierend und inklusiv – als die Macht der Vielen, nicht nur Reichtum stärker zu besteuern (wie bei Green) oder oligarchische Tendenzen durch plebejische Institutionen einzuhegen und auszugleichen (wie bei Vergara), sondern sich im starken Sinne selbst zu regieren, das heißt sowohl Adressat:in als auch Autor:in der Gesetze zu sein.

Darin liegt das Alleinstellungsmerkmal eines radikaldemokratischen Zugangs zum Plebejanismus. Breaghs Betonung (2019: 587 f.), dass plebejische Politik als „manifestation of the very logic of (radical) democracy“ und „inscribed into the very heart of the logic of democracy“ verstanden werden muss, schafft die Grundlage für eine Abgrenzung von der dominanten republikanischen Lesart. Doch während sich Breaghs und Kalyvas darin einig sind, dass eine plebejische Demokratie mehr als nur ein Addendum zum liberalen Status Quo sein muss, schafft erst letzterer die Grundlage für die Überwindung der ökonomischen Leerstelle der radikalen Demokratietheorie. Verstanden als disruptive und rein politische Emanzipationspraxis wie in Breaghs symbolischer Interpretation lässt sich das Konzept des Plebejanismus kaum von anderen radikaldemokratischen Figuren der Exklusion, beispielsweise der Figur der Anteilslosen, unterscheiden. Die Rückkehr der Armen, oder weniger polemisch: die Rückkehr der materiellen Dimension im Konzept der Vielen, ist Voraussetzung für die Offenlegung der politischen Ökonomie

der Radikaldemokratie. Sie basiert auf dem Primat des Politischen gegenüber dem Ökonomischen, nicht jedoch auf seiner Autonomie. Die rein symbolische Ermächtigung der Vielen bleibt unvollständig, wenn sie nicht gleichzeitig Konsequenzen in materiellem Sinne hat, das heißt konkret, wenn die Übertragung von ökonomischer in politische Herrschaft nicht blockiert wird.

Darüber hinaus eröffnet Kalyvas die Suche nach institutionellen Ausdrücken dieses plebejischen Prinzips, ohne die radikaldemokratische Kontingenzaffirmation gefährdet zu sehen. Während sich Breaugh auf die für radikale Demokratietheorien typische Scheu gegenüber ökonomischen sowie institutionellen Fragestellungen zurückzieht, hat Kalyvas diesbezüglich keine Berührungsängste. Liberale und republikanische Zugänge zum Plebejanismus betreiben Schadensbegrenzung, doch Radikaldemokratie versteht das demokratische Projekt immer als ein plebejisches, das heißt als ein explizit anti-oligarchisches Unterfangen. Demokratie hat einen plebejischen Kern. Ein solches Selbstverständnis gibt sich weder mit Ausgleichs- oder Kontrollinstitutionen im Rahmen von elektoralen Oligarchien noch mit temporären Unterbrechungen oligarchischer Herrschaftsstrukturen zufrieden, sondern zielt auf die Errichtung einer plebejischen Demokratie ab. Mit anderen Worten: Es geht weder um *plebeian envy* à la Green oder um eine *plebeian branch* à la Vergara noch um die *plebeian experience* à la Breaugh. Der radikaldemokratische Anspruch muss es sein, *plebeian rule* denkbar zu machen. Dafür sind die ersten Schritte getan: Plebejanismus als anti-oligarchische Selbstregierung, eine sowohl symbolische als auch ökonomische Konzeption der Vielen sowie die Identifikation des politökonomischen Prinzips, also der Verhinderung des Transfers von ökonomischer in politische Macht. Was fehlt, ist die konkrete Vision institutioneller Alternativen, die diesem Anspruch genügen – nicht als Modell oder Blaupause, sondern als Stimulation der politischen Vorstellungskraft.

4. Plebejische Demokratie und sozialistischer Republikanismus

Aus dem radikaldemokratischen Fundus allein lässt sich diese Aufgabe kaum bewältigen. Sowohl die explizite Skepsis gegenüber jeder institutionellen Verstetigung als auch das Schweigen zu ökonomischen Fragen vieler radikaldemokratischer Theorien müssen zum Anlass genommen werden, auch abseits dieses Paradigmas nach Möglichkeiten zu suchen, wie das politökonomische Prinzip plebejischer Demokratie konkret ausgestaltet werden kann. Die Blockade der Übertragung von ökonomischer zu politischer Macht erfordert eine doppelte Transformation: einerseits die Etablierung anti-oligarchischer politischer Institutionen, die den Staatsapparat tatsächlich unter die Kontrolle der Vielen stellen; andererseits die Ausweitung demokratischer Selbstbestimmung auf die ökonomische Sphäre, mit Implikationen für den Wert von Arbeit, Umverteilung sowie den Status von Privateigentum. Kurz: Eine plebejische Demokratie verlangt sowohl die Demokratisierung des politischen Systems als auch die Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Tradition des sozialistischen Republikanismus, die seit etwas mehr als einem Jahrzehnt vermehrt diskutiert wird (vgl. Gourevitch 2013; Leipold/Nabulsi/White 2020; O'Shea 2020; Muldoon 2021; 2022; Popp-Madsen 2023), verknüpft genau diese beiden Dimensionen und stellt somit eine vielversprechende erste Anlaufstelle für das Projekt der plebejischen (Radikal)Demokratie dar. Ganz in republikanischer Manier werden politische Institutionen diskutiert, die Freiheit im Sinne von Nichtbeherrschung garantieren sollen. Und ganz im Sinne des Sozialismus wird der demokratische Grundsatz der gleichen Freiheit nicht nur formal verstanden, sondern auf soziale und ökonomische Verhältnisse übertragen. Anders als der klassische Republikanismus gibt sich seine sozialistische Variante allerdings nicht mit einem Klassenkompromiss zum Zweck der politischen Stabilität zufrieden, sondern hat einen gesamtgesellschaftlich transformativen Anspruch. Die Kollektivierung der Produktionsmittel, eine der zentralen Forderungen des sozialistischen Republikanismus, lässt sich nicht ohne einen grundlegenden Umbau politischer Institutionen nach anti-oligarchischen Maßstäben denken.

„The core idea driving socialist republicanism is that public ownership of the means of production would offer an institutional foundation for widespread freedom without domination. Public ownership underpins democratic control, which can be used to ensure that access to many of the background conditions necessary to enjoy meaningful citizenship is not dependent on the arbitrary will of a particular individual or class.“ (O'Shea 2020: 560 f.)

Diese Verschränkung der Forderungen nach effektiver demokratischer Kontrolle sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht kommt dem politökonomischen Prinzip eines radikaldemokratischen Plebejanismus, wie es zuvor entwickelt wurde, sehr nahe.

Diese Affinität kommt nicht von ungefähr. Trotz ihrer unterschiedlichen historischen Genese, mit radikaler Demokratietheorie als Produkt des Post-Marxismus und dem sozialistischen Republikanismus als Neuinterpretation der sozialistischen Tradition (vgl. Popp-Madsen 2023: 1192), teilen beide Theorierichtungen neben historischen Referenzpunkten wie der Pariser Kommune oder der Rätetradition auch systematisch einige Grundannahmen. Dazu gehören die Kritik am liberalen, kapitalistischen Staat, die Entwicklung lokaler, dezentraler und egalitärer Organisations- und Praxisformen sowie die Konzeptionalisierung von Bürgerschaft als aktive Selbstregierung (vgl. ebd.: 1194; Muldoon 2021: 197). Doch die Gemeinsamkeiten dürfen nicht überbetont werden. Vom Freiheitsverständnis über die Haltung zu Institutionen sowie dem Zweck und der Intensität von Konflikt gibt es einige Punkte, in denen radikale Demokratietheorie und sozialistischer Republikanismus nicht zusammenkommen. Insbesondere die klassisch sozialistische Idee, dass Klassenunterschiede ultimativ überwindbar seien und Gesellschaft in einen harmonischen Zustand der Kooperation eintreten könne, ist grundlegend inkompatibel mit der radikaldemokratischen Prämisse unvermeidbarer Antagonismen, die jede Gesellschaft durchdringen – egal wie gleich, frei und solidarisch sie aufgebaut ist.

Nichtsdestotrotz: Die Tradition des sozialistischen Republikanismus stellt eine der zentralen Ressourcen für die Bearbeitung der ökonomischen Leerstelle des radikaldemokratischen Projekts dar. Zwar lässt der Rückgriff auf die plebejische Tradition und

die Einsicht in ihre enge Verbindung zum demokratischen Projekt die politische Ökonomie der Radikaldemokratie in Umrissen erkennbar werden. Darüber hinaus gilt es jedoch, sich eine plebejische Demokratie tatsächlich auszumalen. Ein solches Vorhaben beinhaltet die Entwicklung von alternativen Institutionen und Prozeduren, die nicht nur der Demokratisierung des politischen Systems, sondern ebenso der Wirtschaft dienen. Sozialistisch-republikanische Vorschläge reichen vom imperativen Mandat, der Etablierung eines Bürgerheers über Räte und klassensensitive politische Einrichtungen wie dem Tribonat bis zu Arbeiterkooperativen, Genossenschaften und einer Neuinterpretation des Status von Privateigentum (vgl. Gourevitch 2013; Leipold/Nabulsi/White 2020: 11 ff.; Muldoon 2021: 196; Popp-Madsen 2023: 1191 f.). Der nächste Schritt zu einem umfassenden Verständnis der politischen Ökonomie der Radikaldemokratie besteht in der kreativen Verarbeitung eben solcher Ansätze, die zwar einer anderen intellektuellen Tradition entspringen, aber dennoch mit ähnlich transformativem und emanzipatorischem Anspruch dem plebejischen Prinzip der Blockade des Transfers von ökonomischer zu politischer Macht Rechnung tragen. Ein Blick über den radikaldemokratischen Teller- rand lohnt sich.

Literatur

- Abensour, Miguel, 2011: *Democracy Against the State: Marx and the Machiavellian Moment*, Cambridge, UK.
- Aristoteles, 2012: *Politik*, hg. von Eckart Schütrumpf, Hamburg. <https://doi.org/10.28937/978-3-7873-2220-6>
- Arlen, Gordon, 2019: Aristotle and the Problem of Oligarchic Harm: Insights for Democracy. In: *European Journal of Political Theory* 18 (3), 393–414. <https://doi.org/10.1177/1474885116663837>
- Arlen, Gordon, 2023: Liberal Plebeianism: John Stuart Mill on Democracy, Oligarchy, and Working-Class Mobilization. In: *American Political Science Review* 117 (1), 249–262. <https://doi.org/10.1017/S0003055422000363>
- Bohlender, Matthias, 2019: Karl Marx. In: Dagmar Comtesse / Oliver Flügel-Martinsen / Franziska Martinsen / Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie: ein Handbuch*, Berlin, 68–77.
- Breaugh, Martin, 2013: *The Plebeian Experience: A Discontinuous History of Political Freedom*, New York. <https://doi.org/10.7312/brea15618>
- Breaugh, Martin, 2019: The Plebeian Experience and the Logic of (Radical) Democracy. In: *Constellations* 26 (4), 581–590. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.12425>
- Chaguaceda, Armando / Camero, Ysrael, 2021: Republicanism and Populism: Articulation of Plurality or Plebeian Democratism? In: *Thesis Eleven* 164 (1), 54–72. <https://doi.org/10.1177/07255136211023900>
- Dean, Jodi, 2007: Feminism, Communicative Capitalism, and the Inadequacies of Radical Democracy. In: Lincoln Dahlberg / Eugenia Siapera (Hg.), *Radical Democracy and the Internet: Interrogating Theory and Practice*, London, 226–245. https://doi.org/10.1057/9780230592469_13
- Fraser, Nancy, 2019: Die Krise der Demokratie: Über politische Widersprüche des Finanzmarktkapitalismus jenseits des Politizismus. In: Hanna Ketterer / Karina Becker (Hg.), *Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa*, Berlin, 77–99.
- Gebh, Sara, 2020: Zwischen Ordnung und Nicht-Ordnung: Demokratische Stasis als Alternative zum radikal-demokratischen Konfliktbegriff. In: Steffen Herrmann / Matthias Flatscher (Hg.),

- Institutionen des Politischen: Perspektiven der radikalen Demokratietheorie, Baden-Baden, 111–138. <https://doi.org/10.5771/9783748904618-111>
- Gebh, Sara, 2022a: Denken in Alternativen: Für eine offensive Verteidigung der Radikaldemokratie. In: *Leviathan* 50 (4), 577–594. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2022-4-577>
- Gebh, Sara, 2022b: *The Specter of Disorder: Stasis and the Pacification of the Democratic Idea*, New York City (Dissertation); <https://www.proquest.com/docview/2701104743>, 03.06.2024.
- Gourevitch, Alex, 2013: Labor Republicanism and the Transformation of Work. In: *Political Theory* 41 (4), 591–617. <https://doi.org/10.1177/0090591713485370>
- Green, Jeffrey E., 2011: Learning How Not to Be Good: A Plebeian Perspective. In: *The Good Society* 20 (2), 184–202. <https://doi.org/10.1353/gso.2011.0013>
- Green, Jeffrey E., 2013: Analysing Legislative Performance: A Plebeian Perspective. In: *Democratization* 20 (3), 417–437. <https://doi.org/10.1080/13510347.2013.786543>
- Green, Jeffrey E., 2016: *The Shadow of Unfairness: A Plebeian Theory of Liberal Democracy*, New York. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780190215903.001.0001>
- Hamilton, Lawrence, 2016: *Freedom is Power: Liberty Through Political Representation*, Cambridge, UK.
- Herrmann, Steffen / Flatscher, Matthias, 2020 (Hg.): *Institutionen des Politischen: Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783748904618>
- Honneth, Axel, 2023: *Der arbeitende Souverän: Eine normative Theorie der Arbeit*, Berlin.
- Johnson, Jessica K., 2022: What about Ethos? Republican Institutions, Oligarchic Democracy, and Norms of Political Equality. In: Huub B. Bennett / Rutger Claassen (Hg.), *Wealth and Power: Philosophical Perspectives*, London, 25–46. <https://doi.org/10.4324/9781003173632-3>
- Jörke, Dirk, 2023: *Klassensensitive Demokratisierung: Über John McCormicks radikaldemokratisches Denken (Nachwort)*. In: John P. McCormick, Machiavelli und der populistische Schmerzensschrei: Studien zur politischen Theorie, Berlin, 252–281.
- Kalyvas, Andreas, 2019: Democracy and the Poor: Prolegomena to a Radical Theory of Democracy. In: *Constellations* 26 (4), 538–553. <https://doi.org/10.1111/1467-8675.12451>
- Kalyvas, Andreas / Katznelson, Ira, 2008: *Liberal Beginnings: Making a Republic for the Moderns*, Cambridge, UK. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511790782>
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal, 2001: *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*, London / New York.
- Leipold, Bruno / Nabulsi, Karma / White, Stuart, 2020 (Hg.): *Radical Republicanism: Recovering the Tradition's Popular Heritage*. Oxford / New York. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198796725.001.0001>
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Frankfurt (Main).
- Marchart, Oliver, 2019: Chantal Mouffe. In: Dagmar Comtesse / Oliver Flügel-Martinsen / Franziska Martinen / Martin Nonhoff (Hg.), *Radikale Demokratietheorie: ein Handbuch*, Berlin, 372–377.
- McCormick, John P., 2010: ‚Greater, More Honorable and More Useful to the Republic‘: Plebeian Offices in Machiavelli’s ‚Perfect‘ Constitution. In: *International Journal of Constitutional Law* 8 (2), 237–262. <https://doi.org/10.1093/icon/moq006>
- McCormick, John P., 2011: *Machiavellian Democracy*, Cambridge, NY. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511975325>
- McCormick, John P., 2019: The New Ochlophobia? Populism, Majority Rule, and Prospects for Democratic Republicanism. In: Yiftah Elazar / Geneviève Rousselière (Hg.), *Republicanism and the Future of Democracy*, Cambridge, UK, 130–151. <https://doi.org/10.1017/9781108630153.008>
- McCormick, John P., 2023: *Machiavelli und der populistische Schmerzensschrei: Studien zur politischen Theorie*, Berlin.
- McNay, Lois, 2014: *The Misguided Search for the Political: Social Weightlessness in Radical Democratic Theory*, Cambridge, UK.

- Mouffe, Chantal, 2000: *The Democratic Paradox*, London / New York.
- Mouffe, Chantal, 2013: *Agonistics: Thinking the World Politically*, London / New York.
- Muldoon, James, 2021: Institutionalizing Radical Democracy: Socialist Republicanism and Democratizing the Economy. In: *New Political Science* 43 (2), 189–207. <https://doi.org/10.1080/07393148.2021.1886797>
- Muldoon, James, 2022: A Socialist Republican Theory of Freedom and Government. In: *European Journal of Political Theory* 21 (1), 47–67. <https://doi.org/10.1177/1474885119847606>
- Ober, Josiah, 1989: *Mass and Elite in Democratic Athens: Rhetoric, Ideology, and the Power of the People*, Princeton. <https://doi.org/10.1515/9781400820511>
- O'Shea, Tom, 2020: Socialist Republicanism. In: *Political Theory* 48 (5), 548–572. <https://doi.org/10.1177/0090591719876889>
- Platon, 2014: *Der Staat / Politeia*, hg. von Thomas A. Szlezák, Düsseldorf / Zürich. <https://doi.org/10.1515/9783050092454>
- Popp-Madsen, Benjamin A., 2023: Non-Domination and Constituent Power: Socialist Republicanism versus Radical Democracy. In: *Philosophy & Social Criticism* 49, 1182–1199. <https://doi.org/10.1177/01914537221107401>
- Taylor, Claire, 2017: *Poverty, Wealth, and Well-Being: Experiencing Penia in Democratic Athens*, Oxford / New York. <https://doi.org/10.1093/oso/9780198786931.001.0001>
- Thomassen, Lasse, 2010: Radical Democracy. In: Alan D. Schrift (Hg.), *The History of Continental Philosophy* 7, Chicago, 169–86.
- Vatter, Miguel, 2012: The Quarrel between Populism and Republicanism: Machiavelli and the Antinomies of Plebeian Politics. In: *Contemporary Political Theory* 11 (3), 242–263. <https://doi.org/10.1057/cpt.2011.25>
- Vergara, Camila, 2020a: Crisis Government: The Populist as Plebeian Dictator. In: Amit Ron / Majia Nadesan (Hg.), *Mapping Populism: Approaches and Methods*, London, 210–220. <https://doi.org/10.4324/9780429295089-20>
- Vergara, Camila, 2020b: Populism as Plebeian Politics: Inequality, Domination, and Popular Empowerment. In: *Journal of Political Philosophy* 28 (2), 222–246. <https://doi.org/10.1111/jopp.12203>
- Vergara, Camila, 2020c: Systemic Corruption: Constitutional Ideas for an Anti-Oligarchic Republic, Princeton. <https://doi.org/10.23943/princeton/9780691207537.001.0001>
- Vergara, Camila, 2022: Republican Constitutionalism: Plebeian Institutions and Anti-Oligarchic Rules. In: *Theoria* 29 (2), 25–48. <https://doi.org/10.3167/th.2022.6917103>